

TORGE LÖDING

TRAUM VON EINER LINKEN PRÄSIDENTIN IN HONDURAS

XIOMARA CASTRO KÖNNTE ENDE NOVEMBER ERSTE PROGRESSIVE STAATSCHEFIN DES MITTELAMERIKANISCHEN LANDES WERDEN

Am 24. November 2013 sind in Honduras Präsidentschaftswahlen. Erstmals in der Geschichte des mittelamerikanischen Landes könnte mit Xiomara Castro eine progressive Kandidatin Staatschefin der knapp acht Millionen HonduranerInnen werden. Die Gattin des 2009 bei einem Putsch gestürzten Manuel Zelaya liegt mit ihrer Partei Freiheit und Neugründung (LIBRE) in Umfragen mit bis zu 33 Prozent um zehn Prozentpunkte vor Juan Orlando Hernández – Kandidat der regierenden Nationalen Partei (PNH) und seit 2009 auf der Seite der PutschistInnen. LIBRE führt in den Umfragen, obwohl die Mächtigen des Landes mithilfe des Militärs Angst und Schrecken verbreiten und Menschenrechte mit Füßen treten. Aufgrund des Wahlgesetzes darf Zelaya selbst übrigens nicht ein weiteres Mal für das Präsidentenamt kandidieren.

REPRESSION – VOR ALLEM GEGEN INDIGENE

Wer in Honduras für seine Rechte auf die Straße geht, muss um Leib und Leben fürchten. Seit dem Putsch am 28. Juni 2009 sind nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen mindestens 26 JournalistInnen ermordet worden. Auch zahlreiche AktivistInnen werden verfolgt, verschleppt oder ermordet. Seit Ende September 2013 versteckt sich die indigene Menschenrechtsverteidigerin Berta Cáceres, nachdem ein Gericht in La Esperanza Vorbeugehaft gegen die Koordinatorin des Rates der indigenen Organisationen von Honduras (COPINH) verhängt hat. Ihre Mitstreiter Tomás Gómez und Aureliano Molina wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt. Diese Urteile stehen in Zusammenhang mit den seit Monaten andauernden Protesten gegen das Staudammprojekt Agua Zarca in der Region Río Blanco, wo das Unternehmen DESA Anzeige gegen die protestierenden AnwohnerInnen erstattet hatte. Mit den Urteilen folgte das Gericht den Forderungen der Staatsanwaltschaft und des Unternehmens. Zu den Nutznießern gehört der deutsche Turbinenhersteller Voith Hydro, ein Joint Venture mit Siemens, der Turbinen und weiteres Equipment für das umstrittene Projekt liefert.¹

Agua Zarca ist eines von Dutzenden Staudammprojekten privater InvestorInnen in Mittelamerika, die mit Krediten der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank finanziert werden. Anstatt «grüne Energie» zu erzeugen, zerstören diese Megaprojekte fruchtbares Land, auf dem die indigene Bevölkerung seit Jahrhunderten lebt.

Zusätzlich zu der Vorbeugehaft gegen Berta Cáceres und die Bewährungsauflagen für die beiden anderen Indigenen

ordnete die Richterin Lissien Knight die Räumung der friedlichen Straßenblockaden an, welche AnwohnerInnen seit April 2013 aufrechterhalten. Mitte Juli war der indigene Gemeindeführer Tomás García bei einer Demonstration von einem Soldaten erschossen worden. Seither erlebt die Region eine zunehmende Militarisierung. Diese Tendenz ist überall dort im Land zu beobachten, wo sich Widerstand gegen das herrschende Entwicklungsmodell regt, wie zum Beispiel im fruchtbaren Aguán-Tal im Norden Honduras': In dem seit nunmehr vier Jahren andauernden Konflikt zwischen KleinbäuerInnen und den teils uniformierten Pistoleros der Oligarchie sind mehr als 60 BäuerInnen ums Leben gekommen, während sie ihr Land gegen die wie Krebsgeschwüre wuchernden Palmöl-Plantagen zu verteidigen versuchten.

«Dieser Militarisierung des Landes stellen wir uns entgegen», sagt Bartolo Fuentes, LIBRE-Kandidat für ein Abgeordnetenmandat im Department Yoro. Sollte der Sieg am 24. November gelingen, werde zuerst die kürzlich ins Leben gerufene Militärpolizei wieder abgeschafft. «Denn dabei handelt es sich um ein Repressionsinstrument der Herrschenden und nicht um ein Mittel der Verbrechensbekämpfung», versichert Fuentes. Diese umstrittene Elitepolizei ist das Lieblingsthema des nationalistischen Präsidentschaftskandidaten Juan Orlando Hernández. Der Putschunterstützer und aufgrund seiner Kandidatur ausgeschiedene Parlamentspräsident benutzt die bekannte Rhetorik der «harten Hand» und wirft seiner Herausforderin Xiomara Castro vor, den Kriminellen freie Bahn lassen zu wollen. In der Tat ufert die Kriminalität in dem ärmsten Land Mittelamerikas, mit der

gleichzeitig extremsten Kluft zwischen arm und reich, seit ein paar Jahren aus. Mit 92 gewaltsamen Todesfällen auf 100.000 EinwohnerInnen² führte Honduras die weltweite Mordrate 2011 an, und die Industriestadt San Pedro Sula gilt immer wieder als die gefährlichste Stadt der Welt. Mittlerweile ist Honduras auch nicht mehr nur ein Durchgangsland für Drogen, sondern auch eine Lagerstätte. Die Militarisierung zahlreicher Regionen hat diesen Prozess nicht verlangsamt, sondern offenbar gefördert.

LIBRES ALTERNATIVEN

«Wir wollen die Entmilitarisierung der Gesellschaft, denn Soldaten lernen, Kriege zu führen, aber nicht Polizeiaufgaben zu übernehmen», sagte Bartolo Fuentes. Statt im Inneren sollten sie an der Grenze eingesetzt werden, um den Drogenschmuggel dort zu unterbinden. Das Programm von LIBRE setzt auf die Stärkung der Ermittlungsfähigkeiten bei der Polizei, denn Aufklärung von Verbrechen findet in der Regel nicht statt. Außerdem müssten korrupte PolizistInnen vom Dienst suspendiert werden, und eine neue Kommunalpolizei sollte direkt von den Gemeinden kontrolliert werden.

Hinter vielen Gewalttaten sieht Präsidentschaftskandidatin Xiomara Castro aber vor allem politisches Kalkül: «Wenn gesagt oder geschrieben wird, der Putsch sei vorüber, dann ist das simple Rhetorik. Die politische Gewalt gegen die Opposition geht weiter.» Und tatsächlich haben Drohungen und Übergriffe gegen KandidatInnen mehrerer Parteien in den vergangenen Monaten weiter zugenommen. Am stärksten davon betroffen sind AktivistInnen der Partei LIBRE, die aus Teilen der Widerstandsbewegung gegen den Putsch 2009 hervorgegangen ist. Am 23. Oktober 2013 wurde der Kameramann und LIBRE-Aktivist Manuel Murillo erschossen. Am 30. Oktober berichtete die ehemalige Vize-Außenministerin unter Präsident Manuel Zelaya, Beatriz Valle, von Morddrohungen gegen ihre Person – sie verließ daraufhin vorläufig das Land. Am 15. Oktober wurde Elvin Hernández von Unbekannten ermordet. Hernández kandidierte für LIBRE im Department Yoro als stellvertretender Abgeordneter. Laut der Menschenrechtsorganisation COFADEH wurden seit Juni 2012 mindestens 16 LIBRE-Aktivisten umgebracht. Am 14. September wurde Freddy Lemus, Bürgermeister von Santa Lucía im Department Intibuca, ermordet. Lemus kandidierte erneut für die Nationale Partei für den Bürgermeisterposten. Anfang August wurden der Kongresskandidat Carlos Alberto Zelaya und ein weiterer Aktivist der Antikorruptionspartei (PAC) angeschossen, als sie eine Parteiveranstaltung in Tegucigalpa vorbereiteten.

PARTEIEN-DUOPOL AUFGEBOCHEN

Das Rennen um die Präsidentschaft wird am 24. November zwischen LIBRE und der Nationalen Partei entschieden, das scheint sicher. Bis zum Putsch 2009 hatten Nationale und Liberale Partei (PLH) das Regierungsamt untereinander hin- und hergeschoben. Manuel Zelaya war 2005 für die Liberalen zum Präsidenten gewählt worden, auch seine Frau Xiomara war Mitglied dieser Partei. Aber seit ihrer Verwicklung in den Putsch haben die Liberalen ihre Glaubwürdigkeit verloren: Sie liegen in den Umfragen abgeschlagen auf dem dritten Platz und ihr Kandidat Mauricio Villeda sieht sich bei seinen Auftritten immer wieder mit Protestierenden konfrontiert, die seine Rolle im Putsch kritisieren. Dem ultrarechten ehemaligen Generalstabschef Romeo Vásquez Velásquez, vor viereinhalb Jahren für die Durchführung des

Putsches verantwortlich, wird für seine Partei Patriotische Allianz (ALIANZA) indes nur das Ergebnis einer Splitterpartei von ein bis drei Prozent vorausgesagt. Auf diesem Niveau werden wohl auch die anderen Parteien abschnitten, darunter die Antikorruptionspartei und die sozialdemokratische Splittergruppe PINU. Linke WählerInnen haben weder dieser Partei, noch der kleinen Linkspartei Demokratische Einheit (UD) verziehen, dass sie sich Ende 2009 nicht am Boykott der vom Militär inszenierten Wahlen beteiligten, um ihre Parteiprivilegien nicht zu verlieren. Damals kehrten der UD massiv Mitglieder den Rücken, die sich heute vor allem in LIBRE wieder am politischen Leben beteiligen. Bei den aktuellen Wahlen unterstützt die UD gemeinsam mit der neu gegründeten «Widerstandsfront» FAPER den Präsidentschaftskandidaten Andrés Pavón, der in den Monaten nach dem Putsch zunächst in der großen Nationalen Front des Volkswiderstands (FNRP) aktiv war, sich dann aber aus persönlichen Gründen trennte und seine eigene, kleine Konkurrenzorganisation gründete. Mehr aus Prinzip als aus Hoffnung auf ein gutes oder auch nur sichtbares Wahlergebnis kandidiert zudem die sich als trotzkistisch verstehende Sozialistische Arbeiterpartei (PST).

ZELAYAS POLITISCHES ERBE

Der LIBRE-Kandidat Bartolo Fuentes sieht in den verschiedenen Kandidaturen, die auf WählerInnen aus dem linken Lager abzielen, allerdings keine ernsthafte Konkurrenz: «Es ist bedauerlich, dass auch Kräfte aus dem Anti-Putsch-Lager gegen uns antreten, aber an unserem Wahlsieg wird das nichts ändern.» Der Gründungsprozess von LIBRE als Partei war seit seinem Beginn 2011 stets begleitet von kontroversen Debatten in der politischen und sozialen Bewegung zu der Frage, ob die Gründung einer Partei mit Mitgliedern aus den Reihen der Nationalen Front des Volkswiderstands (FNRP) überhaupt wünschenswert sei und wenn ja, was für einen Charakter die neue Partei haben sollte. Diese Debatte ist angesichts der Wahlen nun erst einmal beendet – radikale soziale Organisationen wie der Indígena-Verband COPINH haben sich LIBRE indes nicht angeschlossen. Sie unterstützen aber auch keine konkurrierende Organisation und rufen auch nicht zum Wahlboykott auf.

Offen bleibt der künftige Charakter der Partei LIBRE, mit ihren fünf Strömungen. Die wichtigsten und größten Antagonisten sind die liberalen AnhängerInnen von Manuel Zelaya auf der einen und die aus der sozialen Bewegung stammenden VertreterInnen der «Widerstands-Volksfront» FRP auf der anderen. Einige traditionsreiche AktivistInnen der sozialen Bewegung, wie der einflussreiche, unabhängige Gewerkschafter Carlos H. Reyes, haben sich unterdessen entschieden, nicht in Konkurrenz zu treten, sich aber auch nicht aktiv an der Partei zu beteiligen.

Die liberale Strömung besteht vor allem aus ehemaligen Mitgliedern der Liberalen Partei, deren politisches Projekt die Gründung einer neuen sozial-liberalen Formation ist und sich positiv auf den von Zelaya in seiner Präsidentschaft proklamierten «libertären Sozialismus» bezieht. Die FRP indes möchte das politische System grundlegend umgestalten und wird dabei auch von kommunistischen Gruppen wie Los Necios³ unterstützt. Einer der führenden Köpfe der FRP ist der Kandidat Bartolo Fuentes aus dem Department Yoro. Er definiert sich als «demokratischer Sozialist», obwohl der Begriff eigentlich redundant sei, denn Sozialismus könne ohne Demokratie nicht umgesetzt werden. Für Honduras müsse

es einen eigenen Weg geben, Modelle anderer Staaten könnten nicht kopiert werden. Gebrochen werde soll die Diktatur der 100 reichsten Familien des Landes, damit an ihre Stelle eine Gesellschaft mit Entwicklung und Gerechtigkeit treten könne. Von den Megaprojekten, die das herrschende kapitalistische Entwicklungsmodell Honduras aufgezwungen habe, distanziert er sich. Mit einer LIBRE-geführten Regierung würde es keine neuen Staudammprojekte wie in Agua Zarca geben. Bestehende Staudämme sollten aber nicht abgerissen, sondern zugunsten der Anrainergemeinden genutzt werden. Private BetreiberInnen müssten auf Profite verzichten oder würden enteignet. Edelmetall-Tagebau soll grundsätzlich gestoppt werden, versichert er. Erfahrungen wie die Goldmine im Valle de Siria zeigten, dass Extraktivismus nur in ein soziales und ökologisches Disaster führen könne. Diese Einschätzung sei Konsens in seiner Partei.

Xiomara Castro nimmt als Präsidentschaftskandidatin eine Klammerfunktion zwischen den verschiedenen Strömungen in ihrer Partei ein. Fraglos steht sie eher den LIBRE-Liberalen näher, aber im Wahlkampf hat sie sich mit eigenständigen Forderungen profiliert. Während sie zur Regierungszeit ihres Mannes als First Lady eher farblos geblieben war, schlossen sie sehr viele HonduranerInnen ins Herz, als sie nach dem Putsch im Land blieb und mutig für die Rückkehr der Demokratie stritt.

NEUGRÜNDUNG UND ALBA

Einigkeit besteht bei LIBRE über zwei strategische Punkte: Erstens werde Honduras nach einem Wahlsieg umgehend wieder dem von Venezuela initiierten Petrocaribe-Abkommen beitreten und eine schnelle Wiederaufnahme in die ALBA-Wirtschaftsallianz der progressiven Staaten Lateinamerikas anstreben. Der zweite findet sich im Namen der Partei für «Freiheit und Neugründung»: Eine verfassungsgebende Versammlung nach dem Vorbild von Bolivien und Ecuador soll anberaumt werden; die neue Verfassung soll dann die Demokratie vertiefen und eine soziale Ausrichtung des Staates festschreiben. Auf diese Weise sollen auch die PutschistInnen von 2009 entmachtet werden, die den Staatsapparat zu großen Teilen beherrschen: Sie stellen die Staatsanwaltschaft und die Menschenrechts-Beauftragten und bekleiden viele andere Verwaltungsämter, die sie nach dem Putsch eingerichtet haben. Auf parlamentarischem Weg werden diese AmtsinhaberInnen vermutlich nicht auswechselbar sein, denn auch wenn Xiomara Castro die Präsidentschaft gewinnt, wird die Fraktion von LIBRE über keine parlamentarische Mehrheit verfügen und sich einer rechten Fundamentalopposition von Nationaler und Liberaler Partei gegenüber sehen. Wie schon ihr Mann während seiner Präsidentschaft wäre dann auch Castro in erster Linie auf das Regieren per Dekret angewiesen. Deshalb stellt sich die Frage, ob sie – auch im Falle eines Wahlsiegs – die Erwartungen ihrer UnterstützerInnen überhaupt erfüllen könnte. Darüber hinaus ist bekannt, dass die in Honduras herrschende Oligarchie aggressiv jedes noch so kleine Privileg verteidigt und auch vor dem Anzetteln eines Putsches nicht zurückschreckt.

Die Themen ALBA-Mitgliedschaft und Verfassungsgebende Versammlung waren ja auch die Punkte, welche die VertreterInnen der honduranischen Oligarchie im Jahr 2009 gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Manuel Zelaya auf den Plan riefen: Im Januar des Jahres trat Honduras mittels Präsidentendekret dem ALBA bei und am 28. Juni sollte das Wahlvolk in einem Referendum über die

Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung abstimmen. Dagegen schritt das Militär ein, blies das Referendum ab und entführte den Präsidenten im Schlafanzug aus dem Regierungssitz über eine honduranische US-Airforcebasis zunächst nach Costa Rica. Als Chef der neuen Regierungsjunta wurde Zelayas innerparteilicher Widersacher und Parlamentspräsident Roberto Micheletti von der Liberalen Partei eingesetzt.

Offenbar hatte die Oligarchie aber die Rechnung ohne die soziale Bewegung gemacht: Während an Manuel Zelayas Wahlsieg 2005 keine großen Hoffnungen geknüpft gewesen waren, hatte er mit seiner sensiblen Sozialpolitik viele Menschen auf seine Seite gezogen. Die honduranische Bevölkerung antwortete auf den kalten Putsch mit einer Massenbewegung, wie es sie nie zuvor in diesem Land gegeben hatte. In den Jahrzehnten vor Zelayas Wahlsieg schien Honduras politisch entleert, soziale Organisationen und Gewerkschaften waren in der Defensive und die politische Linke führte ein Schattendasein. Der Drang nach gesellschaftlicher Veränderung war dem Drang gen Norden gewichen, kaum ein junger Mensch interessierte sich für die politischen Verhältnisse im eigenen Land, sondern vielmehr für eine Zukunft in den USA.

DER WIDERSTAND IST WEIBLICH

Auffällig an der sozialen Bewegung, die sich aus dem Widerstand gegen die reaktionären PutschistInnen entwickelt hat, war von Anfang an die starke Beteiligung von Frauen. Weil die mittelamerikanischen Gesellschaften stark vom Machismus geprägt sind, spielen Frauen im öffentlichen Leben nur eine Nebenrolle und leiden deshalb doppelt unter Armut und Unterdrückung. In Honduras durchbrachen Kleinbäuerinnen, Arbeiterinnen und Hausfrauen dieses System, eroberten die Straßen und Plätze und boten den PutschistInnen die Stirn. «Sie leisteten Widerstand, denn sie sind der Ungerechtigkeit, Gewalt, Ausbeutung, Erwerbslosigkeit überdrüssig. Sie sind es leid, dass sich eine kleine Minderheit den Reichtum unter den Nagel reißt, während die große Mehrheit nichts hat», sagte Alicia Reyes von der oppositionellen Rundfunkstation Radio Progreso im Department Yoro. Dieser Jesuitensender spielt seit dem Putsch eine wichtige Rolle für die Selbstorganisation der Opposition, genauso wie die vielen Kommunalradios.⁴ Über das Radio organisierten sie sogar Nachbarschaftskomitees zur Selbstversorgung und Kinderbetreuung, damit Mütter ihren Nachwuchs nicht auf die Demonstrationen mitnehmen mussten. Die feministische Journalistin und Sängerin Klara Lara wurde zu einer der bekanntesten Stimmen dieses neuen Selbstbewusstseins.

PUTSCH UND MEHR GEWALT

Die Antwort von Putschistenregime und Militär war brutal: Menschenrechtsverletzungen wurden zum Tagesgeschäft, JournalistInnen und KritikerInnen verfolgt und ermordet. Auch die Zahl der Vergewaltigungen und Morde an Frauen («femicidios») stieg massiv an. Internationale Aufrufe hatten indes weit weniger Wirkung als die Selbstorganisation der Bevölkerung, das wurde schnell klar. Auch die Inszenierung von Wahlen im November 2009 unter totaler Kontrolle des Militärs wurde als das erkannt und zurückgewiesen, was sie war: eine Farce. Diese entschied der Putschist Porfirio Lobos Sosa von der Nationalen Partei für sich und geriet dann doch mit Sektoren der PutschistInnen aneinander, die sich in

ihren lukrativen Geschäften durch sein Regierungshandeln gestört sahen. Seine Regierung kam in den vergangenen vier Jahren dann auch ein ums andere Mal ins Schlingern, trotz aller Repression wird Lobos als schwacher Präsident in die Geschichte eingehen.

Die Knute der Reaktion konnte am Ende aber nicht verhindern, dass eine neue soziale Bewegung entstand ist: Bei den kommenden Wahlen liegt mit LIBRE erstmals eine Partei vorne, die nicht aus dem seit Jahrzehnten herrschenden Duopol entstanden ist und darüber hinaus ein progressives Programm vertritt. Der tatsächliche Wahlausgang bleibt natürlich offen – ebenso wie die Frage, was die PutschistInnen von 2009 tun werden, wenn es Xiomara Castro am Ende gelingen sollte, mit den in den Umfragen vorausgesagten rund 33 Prozent stärkste Kandidatin zu werden. «Mit großer Sorge beobachten wir die Gefahr eines Wahlbetrugs», berichtet Dunia Montoya vom alternativen Kommunikationszentrum Comun. Anfällig sieht sie den Bereich der Übermittlung der Daten aus den Wahlbüros an das Wahlamt. Erstmals werden diese gescannt und digital weitergeleitet. «Es gibt eine internationale Medienfirma, die den Putsch unterstützte und

kürzlich ein Operationszentrum in einem Hotel in San Pedro Sula aufgebaut hat. Hier könnte das Abfangen und Fälschen von Daten vorbereitet werden», sagt die Kommunikationsexpertin. Beweisen könne sie indes nichts. Und was tun, wenn am Ende dann doch Belege für einen Wahlbetrug auftauchen? «Massenproteste, wie schon 2009!», antwortet Bartolo Fuentes. Ob das etwas bringt, bleibt fraglich. Auch in Mexiko haben Massenproteste nie dazu geführt, dass ein Wahlergebnis verändert worden ist. Aber vielleicht erfüllt sich in Honduras nun ja doch der Traum vom demokratischen Wandel und der nationalen Neugründung.

Torge Löding leitet das Auslandsbüro Mexiko/Zentralamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko-Stadt.

1 Vgl. http://www.quetzal-leipzig.de/nachrichten/honduras_/honduras-kritische-fragen-an-deutschen-turbinenhersteller-voith-hydro-19093.html. 2 Vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/3214/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-den-meisten-mordfaellen-pro-100000-einwohner/>. 3 Vgl. <http://www.losnecios.com/index.php/opinion-necia/73-por-la-defensa-de-la-soberania-y-la-dignidad-de-la-patria-izquierda-socialista-de-honduras>. 4 Vgl. dazu ein Beitrag im Onda Info 316: <http://www.npla.de/de/onda/content/1297>.

STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2013

12/2013

YOUNAS A. CHOWDHRY

Neuer demokratischer Spielraum in Pakistan

11/2013

MICHAEL GLASS

«Lieber rot als schwul»?

10/2013

ANTONIO MARTINS

Brasilianischer Frühling oder Putsch von rechts?

09/2013

MANUEL PALZ

Steiniger Weg in Myanmar

08/2013

TORGE LÖDING

Wachsende Unzufriedenheit in Costa Rica

07/2013

PHILIPP GERBER

Europäische Unternehmen erzwingen das grüne Geschäft mit dem Wind in kolonialem Stil

06/2013

CLAUS-DIETER KÖNIG

Mali: Vom «Hoffnungsträger» zum «Krisenstaat»

05/2013

JULIAN MARIOULAS

Verantwortung in der Krise

04/2013

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS

Chávez: Vermächtnis und Herausforderungen

03/2013

ALICE B. M. VADROT

Bedrohtes Wissen, bedrohtes Leben

02/2013

AFRIQUE-EUROPE-INTERACT

Krieg in Mali

01/2013

JORGE LEÓN TRUJILLO

Wahlen in Ecuador: Perspektiven des Correa-Systems

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: November 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling